



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Petra Guttenberger, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/3951

Für ein starkes Deutschland und ein starkes Bayern

Der Landtag stellt fest, dass nach dem Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition im Bund Deutschland ein lähmender Stillstand droht, weil Bundeskanzler Olaf Scholz es vorgezogen hat, seine Regierungserklärung nicht mit einer Vertrauensfrage zu verbinden. Der Bundeskanzler bleibt damit mit seiner Regierung ohne Mehrheit im Bundestag und ohne Rückhalt in der deutschen Bevölkerung länger als notwendig und bis ins nächste Jahr hinein im Amt. Dieser Stillstand hat gravierende Auswirkungen auch auf den Freistaat.

Der Landtag stellt weiter fest, dass eine solche Verlängerung der jetzigen Bundesregierung durch den Bundeskanzler ein Risiko für die bayerische und gesamtdeutsche Wirtschaft, für den Wohlstand in Bayern und für die nationale Sicherheit ist. Über drei Jahre ideologiegetriebene Wirtschaftspolitik des Bundes und ausufernde Bürokratie haben die Konjunktur erlahmen lassen. Das wirkt sich negativ auf die staatliche Finanzkraft aus.

Angesichts der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage und der großen Herausforderungen, insbesondere bei Migration und Sicherheit, aber auch bei dringenden sozialpolitischen Themen, die sich auch in Bayern zunehmend auswirken, wäre eine handlungsfähige Bundesregierung notwendiger denn je.

Der Landtag spricht sich nach wie vor daher für möglichst baldige Neuwahlen im Bund aus. Der Landtag sieht den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier jetzt in der staatspolitischen Pflicht, dafür so schnell wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen und einen Wahltermin zu ermöglichen.

Der Landtag erwartet von einer neuen Bundesregierung, die Probleme auf Bundesebene auch im Sinne Bayerns kraftvoll anzugehen. Die mit dem bisherigen Taktieren einhergehenden Verzögerungen stehen einem zukunftsfähigen, nachhaltig finanzierten Bundeshaushalt 2025 im Weg. Der Freistaat, Bayerns Unternehmen und Kommunen brauchen zwingend in der Krise verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen.

Der Landtag sieht eine neue Bundesregierung gefordert, wieder gezielt in die zukunftsstarken Regionen wie vor allem Bayern zu investieren. Die gezielte Benachteiligung Bayerns, wie sie durch die Ampel-Koalition aus purer Ideologie und zum Schaden nicht nur Bayerns, sondern ganz Deutschlands praktiziert wurde, muss aufhören. Der Landtag betont, dass es erforderlich ist, dass der Freistaat als wirtschaftlicher und technologischer Motor Deutschlands wieder in den Fokus genommen wird, z. B. durch verbesserte Rahmenbedingungen, in der Energiepolitik durch einen schnellen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz oder in der Forschungspolitik durch Investitionen in Bayerns starke Forschungslandschaft.

Der Landtag sieht den Freistaat als positives Beispiel für ein funktionierendes, verlässliches Staatswesen, das sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Bayern zeigt, wie mit Vernunft und Sachlichkeit wirtschaftliche Stabilität gesichert und der Wohlstand der Menschen geschützt werden kann. Auch im Bereich der Inneren Sicherheit setzt Bayern seit Jahren Maßstäbe. Der Freistaat ist das sicherste Bundesland. Der Landtag bekräftigt, dass der Freistaat „Ja“ sagt zu Hilfe für Schutzbedürftige sowie Bleibeerechtigte und zu Arbeitsmigration, aber „Nein“ zu Überforderung, Kontrollverlust und illegaler Einwanderung. Eine klare und lösungsorientierte Politik ist entscheidend, um Unsicherheiten, Bedrohungen und einer Überlastung entgegenzuwirken.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident